



Stellsührer: Herrmannstr. 20. ...

Expedition: Herrenstr. Nr. 20. ...

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

17. Sitzung des Abgeordnetenhaus vom 29. Februar.

11 Uhr. Am Ministerische: Camphausen, Achenbach, Friedenthal, Geh. Rath Hoffmann, Köpfer, Michell, Städte, Ministerialdirector Mac Lean u. A.

Den Vorsitz führt der erste Vicepräsident Hänel, da der Präsident v. Bennigsen beurlaubt ist.

Das Haus legt die Specialberathung des Budgets mit dem Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen fort.

Zu Cap. 66 Tit. 15: „Für Stromregulirungen und Hafenaubauten, sowie zu Vorarbeiten für Wasserbauanlagen“ befragt sich Abgeordneter Hänel über die völlig unzureichenden Mittel, die in dem diesjährigen Etat für die hinterpommerschen Häfen ausgesetzt sind.

Handelsminister Achenbach: Von meinem Standpunkte kann ich ja selbst nur dringend wünschen, daß die Hafenaubauten möglichst schnell ausgeführt werden; aber das Haus wird anerkennen müssen, daß ich dabei Rücksicht zu nehmen habe auf die finanzielle Lage, und wenn nicht mehr Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stehen, so muß man sich eben dabei begnügen.

Abg. Jüttner bringt die Angelegenheit des Breslauer Winterhafens zur Sprache. Die Verhandlungen in Betreff der Herstellung desselben seien im Schooße der Regierung völlig ins Stocken geraten, obwohl der Staat als Hauptbesitzer eines großen Theils der schlesischen Montanindustrie ein eben so großes Interesse an der Abhilfe des jetzt bestehenden Nothstandes habe, als die Stadt Breslau.

Handelsminister Achenbach: Es war das Project der Herstellung eines Winterhafens für Breslau bereits ausgearbeitet, als sich in letzter Stunde herausstellte, daß er an der in Aussicht genommenen Stelle wegen der militärischen Schwierigkeiten nicht angelegt werden konnte.

Zu dem in dem diesjährigen Etat in Folge des Provincial-Dotationsgesetzes ausfallenden Cap. 68 „Staats-Cassaen“ bemerkt

Abg. Rückert: Obgleich hier eine Position im Etat sich nicht mehr befindet, so ist doch die betreffende Ziffer noch vorhanden, und ich benutze sie, um eine Auskunft von der Regierung zu erlangen.

Es geht nun aus dem Commissionsbericht für das Dotationsgesetz unzweifelhaft hervor, daß es die Meinung der Commissionsmitglieder und des Hauses war, daß es nicht die Absicht war, die hier in Frage stehenden Beträge dem Staate zurückzugeben, sondern dieselben, innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke zu verteilen.

Handelsminister Achenbach: Die gewünschte Ueberzicht wird noch heute an das Haus gelangen. In Betreff der Unterhaltungsfonds hat der Vorredner richtig hervorgehoben, daß in dem Dotationsgesetz eine Bestimmung darüber nicht besteht, wie etwaige Reste aus dem Jahre 1875 zu verwenden seien.

Abg. Seyffardt: Die Aufgabe der neugeschaffenen Fabrik-Inspectoren ist bekanntlich eine sehr weitreichende. Sie sollen nicht nur die gesetzlichen Bestimmungen in Betreff der jugendlichen Arbeiter überwachen, sondern vorbereitend für eine weitere staatliche Gesetzgebung in Bezug auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wirken.

Abg. Kalle bittet, die Fabrik-Inspectoren, bevor sie definitiv angestellt werden, eventualitätshalber eine Probezeit durchmachen zu lassen.

Handelsminister Achenbach: Dem Wunsche des Vorredners wird bereits gegenwärtig thatsächlich Rechnung getragen, da kein Fabrik-Inspector definitiv angestellt wird, der nicht eine längere Probezeit durchgemacht hat.

ich kann aber mit Befriedigung constatiren, daß trotz der geringen Remuneration sich hervorragende Kräfte, deren Erfahrung und technische sowie wissenschaftliche Ausbildung allen Ansprüchen dieses Amtes entspricht, in reicher Anzahl der Regierung zur Verfügung gestellt haben.

Die Position wird bewilligt. Bei Tit. 5 „Zur Remunerirung des Personals bei den Königl. Eichungsämtern 90,600 M.“ richtet

Abg. Henze an die Staatsregierung die Frage, ob die baldige Einführung des Gewichtskilometers für Spiritus und einer Gewichtscala zu erwarten sei, da sich das Bedürfnis herausgestellt habe, den Spiritus statt nach Maß nach Gewicht zu verkaufen.

Regierungs-Commissar Geh. Regierungsrath Städte: In Bezug auf die letztere Frage standen sich bisher zwei Gruppen gegenüber, die eine, welche den Verkauf nach Gewicht wünschte, wird vorzugsweise durch die Producenten, die zweite, welche das Maß wünschte, durch die großen Händler vertreten.

Im Cap. 70 sind für „wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke“ 1,448,285 M. ausgeworfen.

Abg. Köpfer spricht den Wunsch aus, auf Kosten des Staates Handwerker zur Ausstellung nach Philadelphia zu senden.

Handelsminister Dr. Achenbach erklärt, daß die Regierung denselben Wunsch habe, wenngleich sich bei früheren Gelegenheiten in Folge der großen Konkurrenz bedeutende Schwierigkeiten herausgestellt hätten.

Abg. Lehfeldt bittet, bei der Senbung mit der größten Voracht vorzugehen, weil man durch dieselbe leicht unabhängig der Auswanderung Vorzug leisten könne, vor Allem möge man solche Männer auswählen, welche mit dem Zeichnen und der Technik ihres Handwerks völlig vertraut wären.

Abg. Dr. Dohrn theilt nicht die Befürchtungen des Vorredners in Bezug auf die Auswanderung, weil die Industrieverhältnisse sich in Amerika augenblicklich schlechter gestellt hätten, als bei uns; doch hält er es für dringend wünschenswert, daß unsere Handwerker sich durch die Anschauung technisch besserer Ausführungen vervollkommen.

Abg. Dr. Gneist erklärt, daß der hiesige Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Kürze seine Vorbereitungen beendigt haben werde, um, wie in früheren Jahren, auch diesmal wieder Arbeiter zur Ausstellung zu entsenden.

Sämmtliche Positionen des Capitels werden genehmigt. Es folgen im Capitel 8 „einmalige und außerordentliche Ausgaben“.

Tit. 1 wirt „zur Einrichtung des Hafen-Bassins vor der Mündung des König-Wilhelms-Canals 138,000 M. aus.“

Abg. Köhler (Göttingen) fragt, weshalb man nicht mit dem Ausbau des Ems-Jade-Canals und der Werra-Schleufe vorgehe. Bei der Wichtigkeit des genannten Canals sei es eine Pflicht der Regierung, die Ausführung des Werkes zu beschleunigen.

Abg. Winthorst (Weppen) bittet den Handelsminister, in derselben Weise wie der landwirtschaftliche Minister sein Augenmerk auf den Bau von Canälen im Emsgebiet zu richten.

Reg.-Commissar Mac Lean: Was den Bau der Werra-Schleufe anlangt, so hat derselbe wegen verschiedener Schwierigkeiten, die sich besonders von Seiten der Adjacenten entgegenstellten, unterbrochen werden müssen; das Project selbst ist jedoch keineswegs aufgegeben, sondern liegt völlig ausgearbeitet vor.

Abg. Dr. Hammacher: Ich möchte dringend davor warnen, der Staatsregierung entgegenzutreten, wenn sie bei der Ausführung von Canälen die Adjacenten auch zu den Kosten der Canäle heranziehen will. Der Abg. Köhler machte der Regierung einen Vorwurf daraus, daß sie den Canal von der Ems nach der Wechte oder von der Ems nach Wilhelmshafen deshalb nicht weiter förderte, weil sie nicht die Local-Interessenten zur unentgeltlichen Herabgabe des Grund und Bodens bewegen konnte.

Der Canal also würde den Adjacenten den größten Vortheil bringen. Wie sollten wir aber die Gelder der Steuerzahler dazu verwenden, um große Terrains durch Canalanlage in eine Amelioration hineinzuziehen, während die Adjacenten sich weigern, den Grund und Boden herzugeben. Es liegt eine entscheidende Gefahr in dieser communistischen Auffassung.

Abg. Köhler weist darauf hin, daß er durchaus nicht communistischen Ideen huldiige, sondern lediglich etamäßig bewilligte Gelder für ihren Zweck verwendet sehen wolle.

Abg. v. Kardorff stimmt der Auffassung des Abgeordneten Hammacher bei, doch ist er der Ansicht, daß die Frage vom Reich geregelt werden müsse.

Abg. Doppe ist der Ansicht, daß man nicht darauf warten dürfe, bis das Reich die Frage der Canalisirung einheitlich regelt; Preußen habe in dieser Beziehung aus eigener Initiative vorzugehen, und er bitte deshalb den Finanzminister, hierfür im nächsten Jahre die nöthigen Summen auszuwerfen.

Tit. 1 wird bewilligt, ebenso ohne Discussion die Tit. 2—12. Tit. 13. „Zur Regulirung der Warthe, Neze, Wrahe und Drage 300,000 M.“

Abg. Rantall: Ich bin gewiß geneigt, die Verdienste von Jedem anzuerkennen, selbst wenn er Minister sein sollte. (Weiterkeit.) Aber schon lange Jahre habe ich darauf gehofft, daß endlich einmal in ausgedehnterem Maße mit der Wartheregulirung vorgegangen werden würde.

der, wie in stenographischen Bericht zu lesen ist, „mit großer Majorität“ angenommen wurde. Thatsächlich wäre er einstimmig angenommen worden, wenn nicht einige Herren immer aus Bequemlichkeit sitzen blieben (Heiterkeit).

Bei Tit. 17 (zur Regulirung der Weser 500,000 M.) fragt Abg. Spangenberg, ob bei den betreffenden Behörden Maßnahmen getroffen seien, welche eine einheitliche Handhabung der Regulirungsgeschäfte ermöglichen, und ob Aussicht vorhanden sei, daß die bewilligten Mittel in diesem Sommer auch zur Verwendung kämen.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Mac Lean erwidert, daß im Interesse der einheitlichen Leitung der Regulirungsarbeiten eine Verständigung zwischen den verschiedenen theilnehmenden Landdrostereien herbeigeführt, und daß es vom Wasserstande abhängig sei, ob die bewilligten Mittel schon in diesem Sommer vollständig zur Verwendung gelangen könnten.

Die Position wird bewilligt. Bei Titel 33 (zu Strand- und Dünenstuhwerken auf den Ostfriesischen Inseln 200,000 M.) bemerkt Abg. Hansen, daß, wenn an die Stelle des jetzigen Verwaltungsmobils, wo der Handelsminister für die Ostküste und der landwirtschaftliche Minister für die Nordküste Sorge, eine einheitliche Organisation träte, eine viel zweckmäßigere Verwendung der Mittel möglich wäre.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Mac Lean erwidert, daß die friesischen Inseln durch größere Werke nicht nur im Interesse der Schiffahrt, sondern auch im Landesinteresse geschützt werden müßten. Es sei von der Noth dießmal das Schicksal der ganzen Nordküste abhängig.

Abg. Hansen constatirt, daß er durch die Ausführungen des Regierungs-Commissars nicht die Ueberzeugung einer zweckmäßigen Verwendung der Mittel gewonnen habe und daß auch seine Frage, das Dünenstuhgesetz betreffend, nicht beantwortet sei.

Minister Dr. Friedenthal entgegnet, daß ein Dünenstuhgesetz in Vorbereitung sei, und dem Hause wahrscheinlich in der nächsten Session vorgelegt werden könne.

Die Position wird bewilligt. Zu Tit. 34 (zur Anlage von Dockwerken auf der Insel Wangerooge 291,625 M.) beantragt

Abg. Dr. Dohrn: „Der Titel in Ermangelung der Kenntniß des in den Erläuterungen zu diesem Titel angezogenen mit Oldenburg und Bremen wegen Erhaltung der Insel Wangerooge abgeschlossenen Staatsvertrages nicht zu bewilligen.“

Minister Dr. Achenbach: Der betreffende Vertrag wird in diesen Tagen an das Haus gelangen und daselbst Gelegenheit haben, seine Ansicht darüber auszusprechen. Bemerkte das Haus dann den Vertrag, so erstreckt sich dießselbe verneinende Votum selbstverständlich auch auf die vorliegende Position; es liegt also kein Bedenken vor, dieselbe vorläufig passiren zu lassen.

Abg. Miquel: Eine solche eventuelle Einstellung der Summe in den Etat können wir, wenn auch die Ausführungen des Herrn Ministers richtig sind, nicht zugeben. Wir müssen sie vorläufig ablehnen und können sie ja, wenn bis zur dritten Lesung der Vertrag von uns gebilligt ist, wieder einsprechen. Wir könnten die Bewilligung auch vorläufig aussetzen, wenn wir die Sicherheit hätten, daß uns bis zur dritten Lesung der Vertrag vorgelegt werden kann.

Finanzminister Camphausen: Der Vorredner hat Recht, daß der Bewilligung nicht präjudicirt wird, wenn diese Position bis zur dritten Lesung abgelehnt wird, es wird derselben aber auch nicht präjudicirt, wenn dieselbe vorläufig bewilligt wird. Ich muß bemerken, daß es für die Verwaltung nicht leicht ist, mit einem Vertrage, bei welchem mehrere Staaten theilhaftig sind — an dem in Rede stehenden sind Preußen, Oldenburg, Bremen und das Reich theilhaftig — in dem geeigneten Augenblicke fertig zu sein, um ihn der Genehmigung der Landesvertretung zu unterbreiten.

Abg. Dr. Wehrenpennig beantragt die Verweisung des Titels an die Budgetcommission, da diese von dem Vertrage selbst Kenntniß nehmen und den zumthätigsten Zeitpunkt seiner Fertigstellung erfahren könne. Das Haus beschließt demgemäß.

Den Tit. 44 (Zum Neubau der Dienstwohnung des Regierungs-Präsidenten und zur Vergrößerung des Regierungsgebäudes in Danzig 1. Rate 75,000 M.) beantragt Abg. Lipke zu streichen. Zur Motivirung macht derselbe geltend: man sollte nicht Neubauten zu Dienstwohnungen aufzuführen, seitdem wir das Gesetz über die Wohnungsgeldzuschüsse haben. In Danzig ist überdies kein Mangel an geeigneten Wohnungen für den Regierungspräsidenten, derselbe hat bis jetzt in der besten Gegend der Stadt gewohnt. Das Capital für den Neubau ist so groß, daß selbst der reichste Kaufmann in Danzig billiger wohnt, als die Zinsen dieses Capitals betragen.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Mac Lean betont das Bedürfnis, in Danzig eine Dienstwohnung für den Regierungspräsidenten zu bauen im Interesse des öffentlichen Dienstes.

Abg. Wagner (Stargard): Die von mir im vorigen Jahre für die Bewilligung einer Dienstwohnung für den Regierungs-Präsidenten in Danzig geltend gemachten Gründe bestehen noch heute in vollem Maße, denn noch heute sind größere und gute Miethwohnungen in Danzig schwer zu haben, noch heute sind die Localitäten der Regierung in Danzig unzureichend und noch heute liegt es im öffentlichen und im Interesse des Publikums, wenn der Regierungs-Präsident in der Nähe der Regierung wohnt. Dagegen sind die im vorigen Jahre für die Abhebung der Forderung einzig und allein geltend gemachten Gründe — bevorstehende Theilung der Provinz und Eingehen der Regierungen — in Fortfall gekommen, ich habe ja selbst für die Theilung der Provinz gestimmt und halte dieselbe auch heute noch für nöthig, das hohe Haus hat aber im vorigen Jahre anders beschloffen. Daß die Regierungspräsidenten nicht eingeben, steht aber nach der Provincial-Ordnung fest. Der jetzt von dem Herrn Antragsteller angegebene Grund, daß die zu errichtende Dienstwohnung sich nicht verzinsen werde, müsse zugegeben werden, dieser Grund treffe aber bei allen Dienstwohnungen zu, und demnach sind, wie ich glaube, im constitutionellen Preußen mehr Dienstwohnungen bewilligt und gebaut worden, als früher. Ueber das Princip ob Dienstwohnungen für die Folge überhaupt noch zu bauen seien, lasse ich doch schließlich bei Gelegenheit der Staatsberathung entscheiden und bitte ich daher aus allen diesen Gründen um Ablehnung des Antrags Lipke und Genehmigung der von der Staatsregierung geforderten Summe.

Abg. Winthorst (Weppen): Im Allgemeinen halte ich die Einrichtung von Dienstwohnungen nicht für angezeigt, denn wir haben in Preußen davon zu viel. Mir scheint eine gründliche Revision in dieser Beziehung dringend nöthig, da der Bauetat namentlich in der Provinz Hannover dadurch zu erheblich belastet wird. Der Chef einer Regierung muß allerdings eine von dem Willen irgend eines Vermietters unabhängige Wohnung haben; aus meinen Erfahrungen als Minister kann ich das bestätigen. Der Regierungs-Commissar hat auch bezeugt, daß überall, außer in Danzig, eine solche Amtswohnung vorhanden ist, deshalb werde ich wie früher für die Position stimmen.

men. Nach der geographischen Lage Danzig wird auch nach einer etwaigen Trennung der Provinz Preußen in zwei Provinzen dort ein höherer Regierungsbeamter wohnen. Auch für einen Oberpräsidenten würde die in Aussicht genommene Wohnung genügen, denn der übertriebene Luxus, daß die Oberpräsidenten in Schlössern, wie ich es in Hannover ad oculos demonstrieren kann, wohnen, ist unnützig.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Hoffmann: Ich muß gegen die Meinung Verwahrung einlegen, daß durch die Bewilligung oder die Ablehnung der vorliegenden Position die principielle Entscheidung über die Dienstwohnungen in Preußen getroffen würde. Nur die Mitglieder der Centralregierung, die Ober- und Regierungspräsidenten und die Präsidenten der Appellationsgerichte haben Anspruch auf eine Amtswohnung, eventuell auf Mietbesitzentwöhnung. Das Princip ist also feststehend. In Danzig allein hat der Regierungspräsident keine Wohnung, obwohl das Interesse des öffentlichen Dienstes es fordert. Diefelben Verhältnisse haben wir in Hannover, in Schleswig und in den Reichslanden vorgefunden. Der Abg. Vipe kann doch nicht glauben, daß man den Mangel auch ferner tragen muß, weil er bisher ertragen worden ist. Auch im vorigen Jahre wäre die Position vom Hause bewilligt worden, wenn sie nach der Beratung der Provinzial-Ordnung zur Discussion gestellt worden wäre. Jetzt ist festgestellt, daß die Bezirksregierungen erhalten bleiben; die Stadt Danzig wird also unter allen Umständen der Sitz eines höheren Regierungsbeamten bleiben und deshalb bitte ich um die Bewilligung der Position.

Die Position wird hierauf mit 160 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Titel 50 des Cap. 8 enthält 151,000 M. für undorhergesehene Straßen, Brücken, u. Bauten und für Vorarbeiten. Abg. Schröder (Königsberg) wünscht, daß der Fonds auch zum Theile zur Herstellung einer Brücke über die Oder zwischen Küstrin und Schwedt verwendet werde, auf welcher 11 Meilen langen Strecke sich kein Fußübergang befindet, während der Staat früher daselbst zwei Brücken unterhalten habe, deren eine während der Kriege Friedrichs des Großen, die andere aber im Anfange dieses Jahrhunderts durch den Eisgang zerstört worden sei. — Die Position wird bewilligt. Ebenso Titel 53 (zweite Bauart) zum Umbau des Welfenschlosses für die polytechnische Schule in Hannover, bei welchem Posten Abg. Windthorst (Meppen) unter Verweisung auf seine vorjährigen Ausführungen seinen Protest gegen den Umbau fremden Eigenthums wiederholt. Abg. Lauenstein entgegnet, daß die Majorität der Bevölkerung Hannovers über die Eigenthumsverhältnisse des Welfenschlosses anderer Ansicht als der Redner sei. Abg. Windthorst (Meppen): Ich weiß, daß hier einige meiner Landsleute anderer Meinung sind, in Hannover aber ist die Mehrheit auf meiner Seite.

Zu Tit. 60 stellt Abg. Schmidt (Stein) eine doppelte Frage an die Vertreter der Staatsregierung. Zur Ausführung der Strandungs-Ordnung sind im vorigen Jahre 30,000 Mark bewilligt und an der preussischen Nord- und Ostküste 78 Strandämter und Bogteien eingerichtet, jedoch sollte den Beamten, welche nicht am Vergel- und Hilfslohn Antheil haben, weder Gehälter noch dauernde Ausgaben aus dem Bauquantum bewilligt werden. Es wurde deshalb die Frage gestellt, ob den Strandbeamten eine Remuneration für ihre Mühe und Gefahr und in Aussicht sei, daß im nächsten Jahre für bleibende Behörden auch persönliche und sächliche Ausgaben im Ordinarium gefordert werden würden.

Ober-Regierungsrat W. Wendt erwidert, es sei zwar noch nicht gemiß, ob man mit der für Ausführung der Strandungs-Ordnung geforderten Summe auskommen werde; jedoch bejahte er, daß Remunerationen an Strandbeamte gezahlt und daß die Absicht sei, im Etat pro 1877 die Ausgaben für Ausführung der Strandungs-Ordnung im Ordinarium zu fordern.

Der Titel selbst wird ebenso wie die folgenden genehmigt, womit der Etat der Verwaltung für Handel und Bauwesen erledigt ist.

Es folgt der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung. Tit. 1 der Einnahme enthält 67,800 M. als Zinsentnahmen der Haupt-Depositenkassen zu Cassel und der Depositenkasse zu Köln. Abg. Dr. Hammacher nimmt dabei Anlaß, auf den Uebergang der Verwaltung des General-Depositoriums auf die allgemeine Staatsverwaltung aufmerksam zu machen, welcher namentlich in Gemäßheit der neuen Depositalordnung erfolgt sei. Er spricht dabei den Wunsch aus, daß diese Verwaltung nicht als Einnahmequelle betrachtet, sondern in dem Bewußtsein der Erfüllung einer öffentlichen Pflicht geführt werden möge. — Der Titel wird bewilligt.

Zu Tit. 11 (Ueberschuß des vormalsigen kurfürstlichen Hauschasses zu Cassel) war eine Petition der Agnaten der Wilhelmsbader Linie des Kurhauses Hesse, ihre Rechte am Fideicommissvermögen betreffend, eingegangen, welche unter ausführlicher Darlegung des vor österreichischen Gerichten geführten und in letzter Instanz vom Wiener Hofgerichte zu Gunsten der Petenten entschiedenen Processes die Inbesitznahme der sogenannten Silberkammer des verstorbenen Kurfürsten durch den preussischen Staat zum Gegenstande einer Beschlusse macht. Die Kammer ist demnach dem Landgrafen Friedrich ausgetauscht worden. Die Budget-Commission empfiehlt den Uebergang zur Tagesordnung, indem sie, wie der Referent Abg. Hammacher sehr eingehend ausführlich, von der Ansicht ausgeht, daß es sich hier um eine rein privatrechtliche Streitigkeit zwischen einzelnen Privatpersonen und dem preussischen Staate handelt. — Regierungscommissar Geheimrath Michellly fügt dem hinzu, daß auch die Staatsregierung den mit dem Landgrafen Friedrich von Hessen, Haupt der Rumpfenheimer Linie, abgeschlossenen Vertrag für seine definitive Auseinandersetzung mit den kurfürstlichen Agnaten ansehe, welche vielmehr durch Staatsgesetz werde erfolgen müssen.

Abg. Febr. v. Schorlemer-Alst ist der Meinung, daß es zur Abschließung des gedachten Vertrages der Zustimmung des Landtags bedürftig wäre; außerdem sei der Landgraf Friedrich bei Lebzeiten des Kurfürsten gar kein berechtigter Contractant gewesen. Wie die Regierung mit dem Nachlaß des Kurfürsten verfahren, gehe schon daraus hervor, daß man einen seiner Kronen auf einen Rüdler verkauft habe. In einer Zeit, wo die Thronkrone so außerordentlich gebräuchlich sind, sollte man sich in Acht nehmen, sie in den Handel zu bringen. (Große Heiterkeit.) Der Uebergang zur einfachen Tagesordnung erscheine nach Lage der Sache ungerechtfertigt. Geheimrath Michellly entgegnet, daß die Informationen des Abg. v. Schorlemer über die Vorgänge sehr unzuverlässig seien. Auch der angebliche Verkauf der Thronkrone sei der Regierung nicht bekannt, dieselbe habe vielmehr die Provinzialbehörden angewiesen, dergleichen Nachlaßgegenstände sorgfältig zu conserviren, und habe keinen Grund anzunehmen, daß die gegebene Weisung nicht befolgt worden sei. — Abg. Windthorst (Meppen) replicirt in eingehender baldständiger Rede, daß der Abg. v. Schorlemer nicht widerlegt sei. Die Behauptung von dem Verkaufe der Thronkrone müsse auch er aufrecht erhalten. Nach einer Entgegnung des Finanzministers, der das Verfahren der preussischen Regierung als einen berechtigten Schutz der Rechte preussischer Staatsbürger an in Oesterreich befindlichen Vermögensobjecten bezeichnet, und nach einem kurzen Schlusse des Berichterstatters wird der Antrag der Budget-Commission angenommen und die Position selbst gegen die Stimmen des Centrums und der Polen bewilligt.

Die übrigen Titel werden ohne Discussion genehmigt, worauf sich das Haus um 4½ Uhr bis Mittwoch 11 Uhr vertagt. (Tagesordnung: Interpellation Schmidt (Sagan), Anträge von Mitgliedern des Hauses, Fortsetzung der Budget-Beratung.)

Berlin, 29. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Major v. D. v. Bonin, bisher Präses des Ingenieur-Comité's, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und dem Reichsadler und Notar, Justiz-Rath Schulz zu Bochum, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben den seitherigen Gesandten in Weimar, Legations-Rath v. Birch, zu Allerhöchstem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich portugiesischen Hofe ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Kreisphysikus des Kreises Rheinbach, Dr. Williams in Weidenheim, den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen. Am städtischen Gymnasium zu Halle a. S. ist die Beförderung der ordentlichen Lehrer Dr. Gottfried Bernhard Reinhold Richter und Dr. Paul Bernhard Bräuning zu Oberlehrern genehmigt worden. — Der bisherige Eisenbahn-Secretär Baumgard ist zum Geheimen expedirenden Secretär und Calculator bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath von G. Rodde in Bromberg ist zum Rechtsanwalt bei dem kgl. Appellationsgericht in Marienwerder und zugleich zum Notar im Departement desselben, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Marienwerder, ernannt worden.

Berlin, 29. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute militärische Meldungen im Beisein des Gouverneurs und des Commandanten und demnach die Vorträge des Polizei-Präsidenten v. Madal, des Chefs der Admiralität Generals der Infanterie v. Stofch und des General-Majors von Albedyll entgegen. Später empfingen Se. Majestät den neu ernannten Landes-Director der Provinz Sachsen von Winkingerode, den Mr. Davis aus England und den Grafen Otto zu Stolberg-Berningerode vor dessen Abreise nach Wien. [Beide Kaiserliche Majestäten] empfingen gestern Ihre Ma-

jestät die Königin von Württemberg auf dem LAbbahnhof, Allerhöchstwelche mit Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin in das königliche Palais fuhr und daselbst in den Zimmern Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden abstieg. Nach einem Familien-Dejeuner-dinatoire wurde Ihre Majestät die Königin wieder von Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin nach dem Anhalter Bahnhof geleitet, woselbst sich Beide Kaiserliche Majestäten von der Königin verabschiedeten. — Ihre Majestät die Kaiserin-Königin war im Vortrage des Evangelischen Vereins anwesend. — Abends erschienen Beide Kaiserliche Majestäten auf dem Feste des kaiserlich königlich österreichisch-ungarischen Botschafters.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz.] empfing gestern Vormittags um 11½ Uhr den kaiserlich russischen Stabs-Rittmeister de Berquin. — Ihre Kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin fuhren um 2 Uhr zum Empfang Ihrer Majestät der Königin von Württemberg nach dem Ostbahnhof und nahmen um 3 Uhr das Diner bei Ihren Majestäten. — Um 5 Uhr verabschiedete sich Se. Kaiserliche Hoheit bei Ihrer Majestät der Königin von Württemberg auf dem Anhalter Bahnhof. — Um 9½ Uhr begaben sich die höchsten Herrschaften zum Ball nach der österreichisch-ungarischen Botschaft. (Reichsbang.)

Berlin, 29. Febr. [Hilfe für die Ueberschwemmten.] Die Verheerungen, von welchen Deutschland gegenwärtig in Folge der Ueberschwemmungen heimgesucht worden ist und noch ausgeht, bleiben, haben die Staatsregierung veranlaßt, die Frage in Erwägung zu nehmen, in welcher Weise und in welchem Umfange von Seiten des Staats Maßregeln zur Abhilfe eingetretener Nothstände zu ergreifen wären. Es haben zu diesem Zwecke Besprechungen des Ministers des Innern mit dem Finanz-, dem Handels- und dem Landwirtschafts-Minister stattgefunden. Auch hat Ersterer vertrauliche Besprechungen mit den Abgeordneten derjenigen Landesparlamente, welche von dem Unglück vorzugsweise heimgesucht worden sind, eingetreten lassen, sowohl um deren Rath wegen der zu ergreifenden Maßregeln entgegenzunehmen, als auch um legislative Schritte vorzubereiten. Einstweilen sind die Ober-Präsidenten angewiesen, dringend nöthige Hilfe aus den bereiten Staatsmitteln zu leisten. Für die Entscheidung der Frage, ob und inwiefern für eine durchgreifende Hilfeleistung die Bewilligung eines Credits von der Landesvertretung in Anspruch zu nehmen wäre? scheint eine ausreichende sachliche Unterlage noch zu fehlen.

[Die Moabitischen Alterthümer. Berichtigung.] Die Herren Professoren Raush und Socin hatten in ihrer Schrift gegen die Echtheit der Moabitischen Alterthümer deren Einberleibung in das königliche Museum vorausgesetzt. Inzwischen haben Sie dies mit großer Gefälligkeit berichtet. Demungeachtet wird in den Zeitungen noch vielfach von den „Moabitischen Alterthümern des königlichen Museums“ gesprochen. Die General-Verwaltung muß daher öffentlich erklären, daß eine solche Einberleibung niemals stattgefunden hat und die fraglichen Alterthümer von Anfang an durch sie und ihr zur Seite stehende technische Commission als verdächtig zurückgewiesen worden sind. Seitdem das Museum einer beträchtlichen Dotation genießt, drängen sich natürlich auch die Angebote verdächtig oder nicht bedeutender Gegenstände oftmals zu den enormsten Preisen an die General-Verwaltung heran. Es ist ihr daher äußerste Vorsicht in den Erwerbungen geboten.

Berlin, den 29. Februar 1876.
General-Verwaltung der königlichen Museen,
Uedem.

[Das öffentliche Urtheil über den beklagenswerthen Unfall.] welcher durch den Zusammenstoß des deutschen Dampfers „Franconia“ mit dem britischen Dampfschiffe „Strathclyde“ herbeigeführt wurde, steht noch nicht fest. Während von der einen Seite gegen den Führer der „Franconia“ der Vorwurf schwerer Verschuldung bei und nach dem Zusammenstoß erhoben worden ist, weisen die deutsche Mannschaft und ihre Führer jede Schuld bei dem Steuern der „Franconia“ und bei Unterlassung von Rettungsversuchen mit Entschiedenheit ab. Unter diesen Umständen wird vollständige Aufklärung und Feststellung der Thatfachen abgewartet werden müssen. Wir zweifeln nicht, daß dieselbe aus der dieser Lage beginnenden Untersuchung des britischen Handelsamts zu London, bei unparteiischer Würdigung des Thatbestandes und gerechter Ermittlung von Schuld und unverschuldetem Unglück sich ergeben wird. — Der Befehl der Reichsbehörden zu ihrer Vertretung vor den englischen Behörden ist von den Beteiligten nicht erbeten worden, indessen hat das auswärtige Amt verfügt, daß ein Beamter des kaiserlichen General-Consulats zu London den Untersuchungs-Verhandlungen beizuhöhe. Seine Anwesenheit wird, gerade bei der vorhandenen Sachlage, für unsere Landsleute nicht ohne Nutzen sein, da er, wenn nöthig, dieselben durch Kenntniß der einschlagenden Verhältnisse und sachgemäßes Urtheil über Gang und Ergebnis der Verhandlungen unterstützen kann, außerdem durch seine Berichterstattung, zusammengehalten mit den Verhandlungen vor dem competenten Gericht und mit dessen Urtheilsfällung, auch für Deutschland eine sichere Grundlage zur Beurtheilung der verhängnißvollen Katastrophe wird gewonnen werden. (Staatsbang.)

[Die hiesige altkatholische Gemeinde] hat während der augenblicklichen Anwesenheit des Professor Weber den Beschluß gefaßt, demnach hier eine Zeitung zu gründen, die die Interessen der Altkatholiken vertreten soll. Als Redacteur ist wie bei der „Germania“ ebenfalls ein bekannter Caplan, wie sich von selbst versteht, ein altkatholischer in Aussicht genommen.

Münster, 28. Februar. [Gegen den Redacteur des „Westf. Merc.“] ist wegen Verhöhnung der durch die gestern im Abgeordnetenhaus scharf beleuchtete Disciplinarverfügung der Regierung in Münster hervorgerufenen Erwiderung des Bischofs von Mainz Anklage erhoben worden.

Köln, 28. Februar. [Curiosum.] Wie wir aus der „Westf. Ztg.“ ersehen, ist der vliegennante Polizei-Commissar Klose, der dem Grafen Eulenburg hier als „Büffel erster Klasse“ bezeichnet worden ist, in seiner militärischen Stellung — Hauptmann der Artillerie in der Reserve.

Dresden, 29. Februar. [Berichtigung.] Die Angabe der „Dresdener Nachrichten“, die sächsische Regierung habe der Leipzig-Dresdener Eisenbahn für jede ihrer Actien zwei 4½procentige Staatspapiere à 100 Thlr. angeboten, wird vom „Dresdener Journal“ mit dem Bemerkten dementirt, daß es sich jetzt nicht um ein Angebot der Regierung, sondern allein um einen Antrag der Gesellschaftsorgane handle; ein solcher liege aber noch gar nicht vor.

Wien, 28. Februar. [Die Präsidentenwahl der „Concordia“.] Ein Act, der sonst kaum in Wien von sich reden macht, die Generalversammlung des Journalisten- und Schriftsteller-Vereins „Concordia“ zur Neuwahl des Präsidenten, hat diesmal für die Publicistik Wiens eine so große Bedeutung gehabt, daß er auch für das Ausland nicht ohne Interesse ist. Der bisherige Präsident war Herr Wiener, der Redacteur des „Neuen Fremdenblatts“, das Mitte März einzieht. Wiener nun hatte die für einen Präsidenten der „Concordia“ jedenfalls eigenthümliche Idee gehabt, den Chef des Banvereins, denen bekanntlich die alte „Presse“ zum größten Theil gehört, zu officiren, er wolle durch umfangreiche Einschränkungen des Redactionspersonals dies Blatt am das halbe Geld herstellen. Zugleich bestimme er die Minister, für ihn als einen officiellen Stabs-

trompeler zu sorgen und in der angeordneten Richtung auf die Herren von Banverein zu drücken, indem er zugleich einige ausländische Redacteure der „Presse“ als Bismarckianer denunzirte. Nur durch die „Fusionierung“ der „Presse“ mit dem „Neuen Fremdenblatt“ unter seiner Leitung sei ersterem Journale die richtige schwarze Gesinnung zu inoculiren. Aus der „Fusionierung“ nun zwar wurde nichts. Die fähige Idee, das ganze Personal des „Neuen Fremdenblatts“ der „Presse“ aufzupropfen, scheiterte gründlich. Herr Wiener mußte sich begnügen, bei dem Feuilleton der „Presse“ beschäftigt zu werden, sobald sein eigenes Blatt definitiv das Zeitliche gesegnet haben werde. Denn einen Stabstrompeter des Preßbureaus, den die „Concordia“ zu ihrem Präsidenten gewählt, glaubte die Regierung nicht ganz im Stiche lassen zu dürfen, einfach weil sie ihm zu viel Einfluß zutraute. Ueber diesen Punkt nun ist sie durch den gestrigen Wahlact gründlich enttäuscht worden. Obwohl Linie und Landwehr der Officiosen zur Unterstützung Wiener's aufgerufen war, erhielt er dennoch von 173 nur 54 Stimmen*), und in derselben Minorität blieb er, als er für eine der sechs Vorstandstellen candidirt ward. Mit langanhaltendem Beifall, Bravo-Rufen und Händeklatschen wurde dies Resultat angenommen. In einer Zeit, wo Journalisten ausgewiesen werden und die „Gartenlaube“ verboten wird, wo dieselbe Generalversammlung eine Petition an den Reichsrath beschließt, um fremde Publicisten gegen Anwendung des Schußgesetzes zu schützen, kann die „Concordia“ keinen Herrn vom Preßbureau als Präsidenten haben. Uebrigens, denke ich, ist auch die Regierung, mindestens Preßminister Unger, viel zu verständig, um sich nicht im Stillen zu freuen, daß die „Presse“ nun auch der letzten Spur der Gefahr entgangen ist, eine Succursale des „Neuen Fremdenblatts“ zu werden. So wie sie ist, kann sie einem versassungstreuen Ministerium noch sehr viel nützen, in die Spuren des „Neuen Fremdenblatts“ tretend, würde sie schnell genug auch dessen Schicksal theilen!

Wien, 29. Februar. [Abgeordnetenhaus.] Der Abgeordnete Pawlinovic und Genossen interpellirten in der heutigen Sitzung den Minister des Innern darüber, ob die österreichische Regierung sich mit der ungarischen bezüglich der Behandlung der Flüchtlinge aus Bosnien und der Herzegovina in Einvernehmen gesetzt habe und die Regierung in dieser Hinsicht vorzugehen gedenke. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Cotirungssteuer angenommen.

Schweiz.

Zürich, 24. Februar. [Kirchliches aus Genf.] Die Cantonschule in Pruntrut. — Pfarrer Hasler. — Ein scrupulöser Cantonsrichter. — Aus Maria Einsiedeln. — Cultussteuern. — Unentgeltliche Leistungen der Civilstandsbeamten. — Zum Militärdienst der Lehrer. — Zur Gotthardsbahn. — Verfassungsrevision in Wallis und Argau. — Segerstrikte in Bern. — Fräulein Doctor. Im Großen Rath von Genf machte die Regierung eine Gesetvorlage, welche die Befordungen der Geistlichen erhöhen will. Dieselbe gab dem Conservativen Turonini und den radicalen Gebrüdern Fazy Anlaß zu heftigen Angriffen. Sie verlangten wieder vollständige Trennung der Kirche vom Staate oder mit der bekannten Wendung die „freie Kirche im freien Staat“. Aber Freiheit hin, Freiheit her! Innerhalb des Staatsrahmens darf Niemand freier sein als die Andern, und die Kirche muß sich den gleichen Gesetzen fügen, wie jede andere Genossenschaft. Die Clericalen verließen aber unter der erwähnten Wendung nichts Anderes als die „freie Kirche im unfreien Staat.“ Staatsrath Carteret wollte daher auch gegenüber den Umtrieben der Ultramontanen nichts von einer Trennung zwischen Staat und Kirche wissen. Savard besitzt die Behauptung der Gegner, daß der liberale Katholicismus keine Fortschritte gemacht habe, die Zahl der bei ihm zum Religionsunterricht eingeschriebenen Kinder habe sich in kurzer Zeit verdoppelt. Der Staat dürfe nur seine Arbeiter nicht darben lassen. Den Leuten, die an der nationalen Kirche thätig sind, ständen eben keine Gelder der Propaganda, welche zu Gunsten der Gegner die Welt von einem Ende zum andern durchbettelt, zur Verfügung. Sie seien auf die beschriebene Befolgung angewiesen, welche der Staat ihnen bietet. — Zum großen Verdruß der Ultramontanen, auch der protestantischen Orthodoxen soll die Cantonschule in Pruntrut vollständig confessionlos eingerichtet werden. — Die Altkatholiken in Olten haben den Pfarrer Hasler in Erlangen in ihr Pfarramt berufen. — In Zug hat ein Cantonsrichter Entlassung verlangt, weil das Cantonsgericht künftig auch über Ehescheidungen zu urtheilen haben werde. Bei Uebernahme des Amtes habe diese „unschweizerische Idee“, die mit seinen Ansichten nicht vereinbar sei, noch nicht bestand. Der Cantonsrath macht dem Manne noch Complimente und bittet ihn, sein Entlassungsgesuch zurückzuziehen. — Das Benedictinerstift Maria Einsiedeln besteht gegenwärtig aus 104 Mönchleibern, unter denen 78 Priester; 35 der letzteren sind auswärtig beschäftigt, 7 sogar in Nordamerika. — Die Bundesversammlung im März wird sich mit einer Vorlage über die Cultussteuern zu beschäftigen haben. Nach der Bundesverfassung braucht Niemand einer Religionsgesellschaft, der er nicht angehört, Steuern für eigentliche Cultuszwecke zu zahlen. — Durch Kreisreiben macht der Bundesrath den Cantonen die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften zur strengen Pflicht, daß alle Amtsbefordlungen der Civilstandsbeamten unentgeltlich zu besorgen sind und keine ungebührlichen Gebühren erhoben werden dürfen. Eine Ausnahme sei nur für etwa von den Parteien verlangte Auszüge aus den Registern zulässig. — Die fünf französischen Cantone haben sich auch der Vorstellung von Glarus gegen die Heranziehung der Lehrer zum Militärdienst angeschlossen. — Um die Gotthardsbahn aus ihrer Finanzmisere herauszureißen, hofft man in der Schweiz vorab, daß die Subventionsstaaten sich dieser moralischen Pflicht unterziehen, wirt jedoch auch verlangende Blicke auf den Krösus England, der wegen seines Suezkanals sich wohl zu einem Beitrag verstehen könne. Andernfalls bleibe nichts übrig, als gewisse Theile des Gotthardsbahnnetzes für jetzt aufzugeben. — Das Volk von Wallis hat die revidirte Verfassung mit bloß 7528 Ja gegen 6587 Nein gutgeheißen. — Das Volk des „Culturcantons“ Argau ist sehr wählerisch, wobei freilich zu berücksichtigen, daß derselbe eine gute Zahl Ultramontaner birgt. Am Sonntag wurde daselbst über die theilweise Revision der Verfassung abgestimmt. Angenommen sind bloß zwei Gruppen, Stimmberechtigung und Verfassungsrevision, verworfen aber vier Gruppen, allgemeine Grundsätze, größere Wahlfreiheit (auch Wählbarkeit der Beamten in den Großen Rath), Wahlforderungen und Bestellung des Gemeinderaths. Wie gewöhnlich haben sich die Liberalen etwas träge erwiesen, während die ultramontanen Treiber eifrig den Gegensatz der „Volkspartei“ gegen das „Herren- und Beamtentum“ aufbauschen und ihren besonderen Grimm gegen die zu „vollständigem Heidenthum“ führende Bestimmung losließen: „Den Kirchengemeinden ist die Wahl ihrer Seelsorger nach Anleitung des Gesetzes gesichert.“ — In Bern ist ein Strike der Seger und Drucker ganz acut in ein paar Tagen verlaufen; die Herren haben die vor einigen Monaten geforderte Lohnerhöhung von 20 pCt. bei ihren Herren durchgesetzt.

*) Gewählt wurde Herr Johannes Nordmann.

An der Zürcher Hochschule hat Fräulein Tiburtius aus Ramin auf der Insel Nigen die wohlverdiente Würde eines Doctors der Medicin, Chirurgie und Geburtshilfe erlangt.

Frankreich.

Paris, 27. Februar. [Ueber die Börse als „Barometer der Lage“] macht das „Journal des Debats“ folgende sehr richtige Bemerkungen:

„Die Lage war seit vier bis fünf Monaten so gespannt, daß ein Unglück unausweichlich war. Etwas mußte nothwendiger Weise zerplatzen; ein plötzliches Erbeben war jeden Augenblick zu erwarten. Was natürlicher, als daß die Börse den Gegenstoß davon empfinde? Das Sinken war um so bedeutender, als das Steigen zuvor beträchtlicher gewesen war; ein Steigen zwar, das ein wenig künstlich herbeigeführt worden war, und ein darauf folgendes Sinken, wobei der wahrhaft empfindende Schrecken nicht ganz allein eine Rolle gespielt hat. Jedermann weiß, daß die Spannungen an der Börse immer von der Speculation verklärt werden, und diejenigen, welche auf das Sinken warteten, hatten schon lange darauf gewartet, daß sie die Gelegenheit leidenschaftlich ergreifen. Man hat übrigens gesagt, die Börse sei der Barometer der öffentlichen Meinung. Allein man darf sich hierin nicht täuschen: dieser Barometer wie alle anderen giebt die heutige aber nicht die morgige Meinung an. Die Staatsmänner, welche kein anderes Maß für die Ereignisse haben, laufen Gefahr, in dem Tag hineinzuleben und nicht weiter zu sehen, als ihre Nase. Sie nehmen allzulebendigen vorübergehenden Zufall für das Wesen der Dinge. Wir denken also, daß das Sinken an der Börse seit ein paar Tagen, das wir allerdings bedauern und worüber gewisse Blätter triumphiren, als hätten sie dabei einen persönlichen Vortheil, nicht übertrieben zu Herzen genommen werden muß!“

„Siecle“ macht die Wahrnehmung, daß alle Schnapphähne an der Börse sich jetzt die Hände reiben, um die Furcht der Angstmenschen noch künstlich zu steigern und ihnen die besten Papiere zu Spottpreisen abzuwagen. „Siecle“ rath namentlich den Legitimisten in der Provinz, „welche man verwirren will“, sich nicht durch diese Manöver fangen und ihre Renten abjagen zu lassen; bei dieser großartigen Agiotage werde die Politik nur als Schreckmittel benutzt, um Sempel ins Garn zu jagen.

[Die Unterhandlungen über die Neubildung des Cabinets] haben noch nicht zum Ziele geführt. Casimir Perier, schreibt man der „Rev. Ztg.“, zögert noch mit der Entscheidung, ob er das Ministerium des Innern annehme. Die Grundbedingung eines lebenskräftigen Cabinets sei, so ist seine Ansicht, die Ausschreibung solcher Mitglieder wie der Legitimist Montaignac, der Marine-Minister, und der Unterrichts-Minister Wallon; man dürfe überhaupt bei der Auswahl nicht über das linke Centrum hinaus nach rechts gehen. Wibrigensfalls sei auf die Unterstützung der Republikaner nicht zu rechnen, die doch das Uebergewicht in der Kammer haben. Im Elysée scheint man bis jetzt den Ideen Periers keine Rechnung tragen zu wollen und ist in Unterhandlungen mit Victor LeFranc getreten. Laut „Moniteur“ hatte Aubisret-Pasquier dieser Tage mehrere Unterredungen mit Mac Mahon. Das Blatt fügt hinzu, daß diesem Manne, dessen Wahl zum Senatpräsidenten vorauszuhaben, eine sehr wichtige Rolle vorbehalten sei. Mac Mahon rechne auf seinen Einfluß, von dem er die Bildung einer gemäßigten und constitutionellen Mehrheit im Senat erhoffe, welche als ausgleichendes Mittel zwischen der Executivgewalt und der republikanischen Mehrheit der Deputirtenkammer dienen könne.

[Die Bonapartisten] setzen ihre Anstrengungen fort, um einen Bund mit den Clericalen, Legitimisten und Orleansisten für die Wahlen vom 5. März zu Stande zu bringen. Ihr leitender Ausschuss veröffentlicht heute einen Aufruf dieses Inhalts; doch sind ihre Anstrengungen bis jetzt fast ganz ohne Erfolg geblieben. Der „Moniteur“ erklärt, daß diese Bemühungen in der politischen Welt keinen Anklang finden und die Conservativen nicht mit Leuten wie Maupas, Raoul Duval und Dugué de la Fauconnerie gehen wollten. — Die Wahl des Prinzen Napoleon in Vastia soll gesichert sein.

Großbritannien.

A. A. C. London, 26. Februar. [In der gestrigen Sitzung des Oberhauses] wurde der zur zweiten Lesung vorliegende ministerielle Gesetzentwurf zur Bildung eines obersten Appellhofes (Appellate Jurisdiction Bill) in Beratung gezogen. Lord Selborne, der Er-Lordkanzler, unterwarf die Maßregel einer gründlichen Kritik, an deren Schluß er bemerkte, daß, obwohl die Bill weder die beste sei, die ausgearbeitet werden konnte, noch auch eine so gute Maßregel sei, als die von 1873, er doch nicht leugnen könne, daß die in Gemäßheit derselben zu bildenden Gerichte, höhe sehr gute sein würden. Lord Hatherley, ebenfalls ein ehemaliger Lordkanzler, protestirte gegen die Maßregel, aber seitens der die Gerichtsbarkeit Schottlands und Irland repräsentirenden Lords Moncreiff und D'Hayan fand sie eine entschiedene Billigung, und nachdem der Lordkanzler auf die verschiedenen Einwände, welche im Laufe der Debatte erhoben worden, replicirt, wurde die Vorlage in zweiter Lesung angenommen.

[In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] brachte J. Holms (Hadney) die gegenwärtigen Zustände in der Armee zur Sprache, die, wie er bemerkte, einer durchgreifenden Reform dringend bedürften. Er argumentirte, daß die gegenwärtige Lage der Armee unbefriedigend sei und die Kosten für ihren Unterhalt übertrieben seien, daß das gegenwärtige System, die Mannschaften länger in den Kasernen zu halten, als zu ihrer Ausbildung unumgänglich nöthig, mangelhaft und unmoralisch sei, und daß es im Hinblick auf die Landesverteidigung ungewöhnlich sei, zwei nebenhülferliche Heere im Vereinigten Königreich zu unterhalten. In dem Reformplan, welchen Holms nun dem Hause unterbreitete, bestricherte er in erster Reihe die totale Abschaffung der Miliz und deren Ersetzung durch eine starke und tüchtige Reserve. Diesen Ansichten gab Holms in einer Resolution Ausdruck, welche zuerst von General Schute (Brighton) beanstandet wurde. Derselbe behauptete, daß die bewundernswürdige Disciplin, welche in den Casernen der Armee geübt würde, viel dazu beitragen hätte, schlechte und unmoralische Individuen, welche in die Armee eintreten, zu reformiren. Zwei Jahre reichten nicht hin, um aus dem rohen Rekruten einen disciplinirten Soldaten zu machen und er stellte emphatisch in Abrede, daß die Disciplin der preussischen Armee besser als die des englischen Heeres sei. Der Redner mißbilligte auch die projectirte Abschaffung der Miliz, die, wie er bemerkte, dem Lande in Zeiten der Noth stets gute Dienste geleistet hätte. Mehrlichen Ansichten mit Bezug auf die Miliz gab Sir R. Gilpin Ausdruck, welcher auch den Kriegsminister warnte, sein Ohr nicht zu bereithalten, „Quadranten“ zu leihen. Im weiteren Verlaufe der Debatte suchte Sir H. Havelock die Unanwendbarkeit irgend eines Vergleichs zwischen dem englischen und dem preussischen Heeresystem nachzuweisen, und Sir G. Campbell wendete sich dem indischen Aspect der Frage zu, indem er behauptete, daß eine jährliche Dienstzeit nicht hinreichte, um eine brauchbare Armee für Indien zu liefern. Major Beaumont und Capitän Nolan unterstützten die Resolution, aber Munn, der radikale Abgeordnete für Birmingham, bezeichnete es als äußerst unweise, in Reden oder in Anträgen eine Sprache zu führen, welche dazu anzusetzen sei, die Armee in den Augen des Volkes herabzusetzen oder ausländische Mächte zu dem Glauben zu verleiten, daß England schwach und machtlos sei. Dann nahm der Kriegsminister das Wort. In der Entgegnung auf die Argumente des Antragstellers stellers stellers die ernstliche Bormärte darüber, daß er während der Parlamentsferien die Armee-Reformfrage zum Gegenstande einer Parteilage gemacht und aus derselben politischen Capital geschlagen habe. Er (der Minister) sei ebenso wie jeder Andere von dem Wunsche befeelt, daß die Frage gehörig discutirt werde, aber sie sollte in einer Weise behandelt werden, daß sie der Armee nicht Anstoß, und den Feinden Englands im Auslande nicht Anlaß zur Ernüchterung gebe. Er müsse entscheiden in Abrede stellen, daß die Armee sich in einer unbefriedigenden Lage befinde oder daß die Kosten ihres Unterhalts übertrieben seien. Das neue Heeresystem würde dieses Jahr in Kraft treten, und da er nicht vorbereitet sei, organische Veränderungen vorzunehmen, bis die jüngsten Reformen gehörig erprobt worden seien, könnte er die revolutionären Vorschläge des Antragstellers, die Alles in ein Chaos versetzen würden, nicht acceptiren. Allerdings gebe es gewisse Dinge in der Armee, die nicht ganz befriedigender Natur seien und einer Abhilfe bedürften, doch habe die diesjährige Rekrutirung sehr günstige Resultate geliefert und die Zahl der Desertionen hätte gegen das vorhergehende Jahr um 1000 abgenommen. Die Möglichkeit, bürgerliche Anstellungen für ausgeübte Soldaten zu finden, beharrte, erklärte der Minister, daß Anstren-

gungen in dieser Richtung gemacht worden seien, aber daß die Soldaten in der Regel nicht geeignet für solche Posten seien. Als Illustration erwähnte er, daß die Postanstalt 2000 Stellen zu deren Verfügung gestellt hatte und daß nur 200 besetzt werden konnten. Was die Miliz betreffe, so sehe er dieselbe als eine höchst werthvolle Streikkraft an, die nach zwei- oder dreimonatlichem fortgesetzten Exerciren im Stande sein würde, im Nothfalle eben so gut wie irgend welche Linienregimenter ins Feld zu rücken. Schließlich verlas der Minister einen Brief von einem General in Albersdorf, welcher sich sehr günstig über die daselbst stationirten Linienregimenter äußerte und bemerkte, einige derselben ständen den Linientruppen in keiner Weise nach und würden in wenigen Monaten für jedweden Dienst im Felde tauglich sein. Holmes wollte hierauf, mit den Resultaten der Discussion und den Angaben des Kriegsministers zufriedengestellt, seine Resolution zurückziehen, aber das Haus verwarf dieselbe ohne Abstimmung. Als Subditiensauschuss votirte das Haus hierauf wieder einige Posten des Civildienstes, darunter 23,875 Pfd. St. für das Patentamt, 23,631 Pfd. St. für das Generalabtheilungsamt, 22,509 Pfd. St. für die öffentlichen Archive, 26,284 Pfd. St. für die Gehälter und Unkosten des Forst- und Waldamtes, 38,865 Pfd. St. für das Bautenamt und 24,000 Pfd. St. für den geheimen Dienst.

Provinzial-Beitrag.

8 Breslau, 29. Februar. [Schwurgericht. — Wissentlicher Meinsid.] In 7ständiger Sitzung beschäftigte sich gestern das Schwurgericht mit einer ziemlich verwickelten Angelegenheit wegen wissenschaftlichen Meinsid. Angeklagt waren: 1) Der fiktive Vorkensmacher, jetzige Drochsenkutscher Ferdinand Keller, 53 Jahr alt, bisher unbestraft und 2) die vermittelnde Subwertsbesitzer Auguste Dierst, geb. Schneider, 39 Jahr alt, ebenfalls unbestraft.

Keller war durch Erkenntnis des Königl. Stadtraths vom 2. Juni 1871, bestätigt durch das Erkenntnis des Königl. Appellationsgerichts vom 20. Juli 1872, von seiner Ehefrau geschieden, für den allein schuldigen Theil erklärt und verurtheilt worden, seiner Ehefrau ¼ seines Vermögens oder lebenslänglichen Unterhalt zu gewähren. Gleichzeitig hatte die II. Abtheilung des Königl. Stadtraths ein Resol. erlassen, wonach Keller an Alimenten für seine aus vorerwähnter Ehe entsprossene Tochter monatlich 4 Thlr. zu zahlen hatte. — Da diese Zahlungen nicht erfolgten, so beantragte die geschiedene Ehefrau wiederholt Execution, welche mehrmals durch den Stadtraths-Executor Richter ausgeführt wurde, aber stets fruchtlos ausfiel. Als hierauf der Manifestations-Eid gegen Keller versagt war, entzog er sich der Ableistung desselben, indem er theils kleine Abschlagszahlungen machte, theils in den Terminen nicht erschien. Es erfolgte demgemäß schließlich seine Abführung zum Personal-Arrest. Keller ließ sich nach einigen Tagen vorführen und leistete unter Einreichung eines Inventariums unterm 18. Juli 1872 den Manifestationseid mit der Formel:

„Daß er im Inventarium alles zu seinem Vermögens Gehörige richtig und gewissenhaft angegeben, auch nichts davon verschwiegen oder gefährlicher Weise abhandelt oder durch Andere habe die Seite bringen lassen.“ In dem Vermögensverzeichnis, welches im Ganzen den Werth von 36 Thalern repräsentirt, ist unter „Activa und ausstehende Forderungen“, nichts „und unter „bares Geld“, 2 Thlr. 26 Sgr. angegeben.

Frau Keller behauptete, daß ihr Ehemann diesen Eid wesentlich falsch beschworen habe, da er zur Zeit der Eidesleistung außer anderen Gegenständen einen Postener Handbrief über 1000 Thlr. und ein Sparfläschen über 130 Thlr. besaßen.

In der deshalb eröffneten Voruntersuchung beschwor die von dem R. als Enlitungseugin angegebene Frau Sattlergeselle Dierst unterm 2. Mai 1874: „daß der erwähnte Handbrief und das Sparfläschen ihr Eigentum sein und ihr bereits zu der Zeit, als Keller den Manifestationseid geleistet, gehört haben.“

Es wurden hierauf in Folge erneuter Denunciationen auf Betreiben der Staatsanwaltschaft Ermittlungen angestellt und haben dieselben Folgendes ergeben:

Keller verkaufte unterm 25. Mai 1871 seine auf dem Ringe gelegene Grundstücke Nr. 11 an den Fischwaarenhändler Lehmann und den Tischlermeister Großkopf für den Preis von 1900 Thlr. Abzüglich der Hypothekenschulden hatte K. noch 1540 Thlr. zu bekommen. Obgleich für diese Summe ein zweijähriger Zahlungs-Modus festgesetzt war, erhielt K. auf sein wiederholtes Eruchen den ganzen Betrag noch im Laufe des Jahres 1871. Nach Abzug der Zinsen z. hatte K. somit mindestens 1330 Thlr. erhalten. K. bezahlte hiervon etwa 700 Thlr. Schulden, es erscheint unwahrscheinlich, daß der bis dahin arbeitende und ordentliche Mann außer seinem ferneren Arbeitsverdienst im Laufe eines Jahres 600 Thlr. verbraucht haben sollte.

Seit Juli 1871 befand sich die Frau Sattlergeselle Dierst, deren Ehemann im Claasenschen Siechhause verpflegt wurde, bei dem Angeklagten als Wirthschafterin. Sie war, wie mehrere Zeugen bekunden, in den ärmtlichen Verhältnissen, als sie zu dem Angeklagten zog. Bereits im Herbst 1872 ließ sie dem oben erwähnten Executor Richter durch Vermittelung des R. 1025 Thlr. Richter zahlte diese Summe October 1873 zurück und kaufte die Dierst nunmehr abermals unter Aufsicht des R. zwei Postener Handbriefe zu 1,000 und resp. 200 Thlr. — Ueber den Erwerb des Geldes kann die Dierst glaubhafte Angaben nicht machen. Ein großer Theil desselben soll aus einem Liebesverhältnis herrühren, in welchem die Angeklagte Ende 1871 — also zu derselben Zeit, wo sie dem R. mit Aussicht auf demnächtigen Heirath die Wirthschaft führte — zu einem inzwischen Verstorbenen gestandene haben will. Zu diesen Umständen, welche für sich schon zu der Annahme zwingen, daß K. mit der D. dahin übereingekommen ist, sein Eigenthum in die Hände der D. zu legen, um es vor Execution zu schützen, kommen noch eine Anzahl durch Zeugen befundener Aeußerungen beider Angeklagten, welche die Schuld derselben außer Zweifel stellen. Endlich hat die D., welche doch nur Wirthschafterin bei K. gewesen, von den in Rede stehenden Kapitalien mehrere Droschken gekauft und fungirte ihr ehemaliger Brotherr K. nunmehr u. u. n. u. als ihr Drochsenkutscher.

Herr Staatsanwalt von Uedtritz hält auf Grund der Beweisaufnahme beide Angeklagte des wissenschaftlichen Meinsids für überführt und beantragt das Schuldig.

Während K., in seiner Verteidigung auf das frühere eheliche Verhältnis eingehend, die geschiedene Ehefrau bloßstellen sucht, obgleich dieselbe gar nicht als Zeugin aufgetreten war, erklärt die Dierst mit thranenerfüllter Stimme: „Machen Sie mit mir, was Sie wollen, aber haben Sie nur Erbarmen.“

Der Verteidiger des R. hält den Nachweis des Meinsids nicht für erbracht, der Verteidiger der D. dagegen sucht in längerer Auslegung darzuthun, daß der Begriff „mein Eigenthum“, auf den es allein zur Feststellung des Meinsids im vorliegenden Falle ankommt, bei der Angeklagten sehr wohl durch den Umstand entstanden sein kann, daß die Handbriefe durch sie gekauft worden sind. Beide Herren beantragen das Nichtschuldig.

Durch den Spruch der Geschworenen wird Keller des wissenschaftlichen Meinsids für Schuldig erklärt, gegen die Dierst lautet das Verdict Nichtschuldig.

Der Gerichtshof erkennt dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend gegen Keller auf das niedrigste Strafmaß, also ein Jahr Zuchthaus, gleichzeitig ist Keller dauernd unfähig, als Zeuge oder Sachverständiger fungiren zu können. Die Dierst wurde freigesprochen und der Haft entlassen.

8 Neusalz a. D., 29. Februar. [Hochwasser.] Gestern Vormittag ist der Owerdich vor dem Dorfe Aufsatz durchbrochen worden, wodurch die Driftschiff in große Wasserfluth gerathen ist. Die seit Sonntag Mitternacht bei uns vorhandene Verminderung des Wasserstandes wird demzufolge beschleunigt. Das Wasser in der Stadt hat sich schon sichtbar zurückgezogen, wodurch den verschiedenen Unannehmlichkeiten, welche das Pastiren der über das Wasser der Straßen hinweggeführten, provisorisch errichteten schmalen Stege mit sich führte, ihr Ende bevorsteht. Der Pegel zeigt jetzt Vormittags 10 Uhr nur noch 16 Fuß 1 Zoll. Von der Driftschiff Alt-Schau ist ein Unglücksfall zu berichten. Der in der dortigen Kneipen Fabrik beschäftigte Arbeiter Jansch kehrte spät Abends allein von dem in demselben Orte stattgefundenen Kauf seines Entsendens nach Hause. Als er in das Fabrikgebäude einbiegt, verfiel er den über den Chauffeegraben führenden Steg und fällt in den mit Wasser angefüllten Graben. Montag Vormittag fand man die Leiche des Verunglückten.

8 Gufrau, 28. Febr. [Aus der Stadtverordneten-Sitzung. — Kreisparlamente.] Aus den Beschlüssen der letzten Sitzung der Stadtverordneten dürfte hervorzuheben sein, daß nach dem bevorstehenden Abgange des bisherigen Zeichen- und Turnlehrers an der höheren Bürgerschule die von Diers ab vacante Stelle derselben, dem Antrage des Magistrats gemäß, auf 1200 Mark fixirt wurde. An Stelle der zu Diers aufzuführenden höheren Mädterschule, hat die Schuldeputation beschloffen, eine Parallel-Klasse zur ersten Mädchenklasse der evangel. Elementarschule einzurichten. Dem monatlichen Schulgelde von 1 Mark 50 Pf., welchen die Deputation für den Ver-

such dieser Klasse in Vorschlag gebracht hatte, stimmte jedoch die Versammlung nicht bei, sondern erhöhte denselben auf 3 Mark. — Nach der durch das Landratsamt veröffentlichten Rechnungslegung des Curatoriums der Kreisparlamente für 1875 betrug die Gesamtsumme der Einlagen nach dem letzten Abschluß 957,993 Mark 29 Pf., die Gesamtsumme des Reserve-Fonds ult. 1875 48,790 Mark 28 Pf., mithin das Vermögen der Anstalt 1,006,783 M. 57 Pf. In zurückgenommene Einlagen wurden im Jahre 1875 140,265 M. 70 Pf. verausgabt. Das Institut trat am 5. Februar 1886 ins Leben und verzinst die ihm anvertrauten Einlagen, deren Minimum auf 1 Mark 50 Pf., deren Maximum auf 900 Mark festgesetzt ist, mit 4 Procent Markt.

© Trebnitz, 28. Febr. [Vorschussverein.] In der gestern unter Vorsitz des Herrn Particular Jungs stattgefundenen General-Versammlung des hiesigen Vorschuss-Vereins wurde vom Vereins-Vorstande Weiß der Redenchafts-Bericht für 1875 mitgetheilt. Derselben ist zu entnehmen, daß der Verein eine Mitgliederzahl von 1280 hat. — Die Gesamtsumme der Einnahmen betrug bis ult. December 1875 1,356,571 M. und mit dem Ende 1874 verbliebenen Bestande von 26,481 M. in Summa 1,383,052 Mark, während die Ausgabe die Gesamtsumme von 1,363,451 M. umfaßt, so daß am Schlusse des Jahres 1875 ein Barbestand von 19,601 M. verbleibt. — Der Reserve-Fonds beträgt in Summa 6340 M. 75 Pf. Zur Dividenden-Vertheilung gelangen für 1875 nach Abzug des dem Reserve-Fonds zuzulegenden Betrages in Summa 11,998 M. — Verluste hatte der Verein auch in dem nun abgelaufenen 13. Geschäftsjahre nicht zu verzeichnen, obgleich in 9 Fällen geflagt werden mußte. — Die am Schlusse der Versammlung vorgenommene Wahl der 9 Ausschussmitglieder ergab mit Ausschluß eines, an dessen Stelle Particular Wärs gewählt wurde, eine — Wi ed er w a h l der bisherigen sehr bewährten Mitglieder.

Δ Dels, 27. Febr. [Statistisches.] Die Volkszählung vom 1. December 1875 hat für den hiesigen Kreis folgende Resultate ergeben: Der Kreis hat 65,466 Einwohner. Davon leben in Dels 9053, in Bernstadt 3854, in Hundsfeld 1256, in Juliusburg 820, auf dem platten Lande 50,483. (Dagegen stellen sich die entsprechenden Zahlen vom Jahre 1849 also: Kreis 58,509, Dels 6064, Bernstadt 3646, Hundsfeld 883, Juliusburg 1007, Land 46,909.) Von den 65,466 Einwohnern des Kreises sind 31,228 männlich, 34,138 weiblich, 55,135 evangelisch, 8973 katholisch, 738 Anhänger anderer christlicher Bekenntnisse (meist Alt-Lutheraner) und 620 Juden. Diese Bevölkerung lebt in 7368 Häusern und in 15,069 Haushaltungen. Die Gesamtzahl der benannten Wohnplätze beläuft sich auf 421 und zwar: 4 Städte, 125 Dörfer, 116 Gutsbezirke und 180 Colonien, Vorwerke und einzelne Etablissements. Im Kreise befinden sich 37 evangelische und 7 katholische Kirchen und 2 Synagogen. Die Zahl der Schulverbände beträgt 95 und zwar 7 habsische und 88 ländliche. Evangelische Schulverbände sind 84, katholische 11. Der Kreis ist bezugs Verwaltung der Polizei mit Ausschluß der Städte in 34 Amtsbezirke getheilt, so daß außer 4 städtischen Polizei-Verwaltern 34 Amts-Vorsteher in Function sind. Die Zahl der Gutsbesitzer beträgt 95, die der Gemeindevorsteher 125. Standesämter: 4 städtische und 33 ländliche. Der Kreis Dels umfaßt die 1. und 2. Compagnie des 2. Bataillons 3. Niederschl. Landwehr-Regiments Nr. 50. Garnisonen: 1) in Dels: das 2. Schlef. Jäger-Bat. Nr. 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. 2) in Bernstadt: 3 Escadrons des 2. Niederschl. Dragoner-Regts. Nr. 8. Die Militär-Bevölkerung betrug am 1. December 1875: in Dels 940, in Bernstadt 139, im Kreise 1105. — Das Steueroll-Aufkommen pro 1876 beträgt: an Grundsteuer 125,603 M., an Gebäudesteuer 21,285 M., an Klassensteuer 81,657 M., an Einkommensteuer 57,366 M., Gewerbesteuer von stehendem Gewerbe 11,148 M. Die Kreis-Communalsteuern und Chauffeegelde-Beträge belaufen sich auf 57,000 M., wozu die Stadt Dels 9382 M. 63 Pf. beizutragen hat. (Die neue Kreisverfassung ist eben viel theurer als die alte.) Die letzte Viehzählung ergab folgende Ziffer: 6726 Pferde, 9 Ciel, 26,554 Stück Rindvieh, 88,750 Schafe, 8851 Schweine, 3056 Ziegen und 2613 Bienenstöcke.

[Notizen aus der Provinz.] * Gr.-Glogau. Der „Anzeiger“ meldet unterm 29. Februar: Die Oder ist nunmehr so gefallen, daß das Wasser auf dem Dom sich zu verkaufen anfängt. Ein Theil der Laufstege und Nothbrücken ist bereits entfernt, der Rest wird wohl morgen beseitigt werden können. Der Wasserstand ist 15 Fuß 4 Zoll.

+ Sagan. Eine zur jetzigen Jahreszeit seltene Naturerscheinung, ein mit mehrmaligem Donner, sowie Sturm und Regen begleitetes Gemitter, machte sich am Montag Nachmittag bemerkbar.

Δ Liegnitz. Der „Anzeiger“ meldet: Die zur Barischall u. Kladschen Concursmasse gehörige Villa nebst Garten an der Glogauer Promenade in den bei dem Subhastations-Termin für das Meistgebot von 105,000 Mark in den Besitz der Breslauer Discontobank Friedenthal u. Co. in Breslau übergegangen.

Berlin, 29. Februar. Obwohl der heutige Geschäftsverkehr eigentlich Zunahme oder größere Regsamkeit nicht gewinnen konnte, so prägte sich doch in der allgemeinen Haltung aus, daß die Börse es gewissermaßen freudig begrüßt, daß die Ultimoregulirung so glatt und leicht vorübergegangen ist. Man scheint denn auch dem neuen Monat eine zusehenderen Meinung entgegen zu tragen. Die einheimischen Eisenbannactien erfreuten sich wieder einer reger Beachtung und stellten, obgleich noch wenig Kaufaufträge aus Privatkreisen vorliegen, ihren Coursaufschwung fort. Die Resultate der gestrigen General-Versammlung der Lombardischen Eisenbahngesellschaft beschäftigten die Börse nur wenig. Zwar erlitten die Actien eine Coursberabsetzung von fast 10 M., doch war zu der ermäßigten Notiz eher Kauflust, wenigstens machte sich doch eine ziemlich feste Stimmung im weiteren Verlaufe bemerkbar. Die Prioritäts-Obligationen wurden von dem Rückgang der Actien überhaupt nicht in Mitleidenschaft gezogen. Die Umsätze auf dem Gebiete der intern. Speculationspapiere blieben sehr gering und wickelten sich mit größter Ruhe ab. Dester. Nebenb. gingen dagegen reger um und notiren meist etwas höher, so besonders Kaiserth. Oberberger, Rudolfsbahn, Alteschabach und Böhmische Westbahn. Von den localen Speculationssectoren waren namentlich Dortmund. Union belebt und steigend. Disconto-Comm. 126, ult. 125 1/2 — 1/4 — 1/2, Dortmund. Union 10,80, ult. 10,50, Laurahütte 58, ult. 58,25 — 57,75 — 58. Ausländische Staatsanleihen wurden ziemlich lebhaft gehandelt und behaupteten sich in guter Festigkeit. Renten und Italiener unverändert, Amerikaner begehrt, Dester. 1869er Loose aber sehr belebt und stark steigend. Von russischen Werthen waren Fonds fester, Brämienanleihen dagegen matt. Preussische und andere Deutsche Staatspapiere unbelebt. Preussische Eisenbahn-Prioritäten fest, Freiburger, Boissamer F., Anhalter C., Steiner VII. und Hannob.-Altenb. belebt. Dester. Prioritäten zum Theil belebt, Dur.-Bodenbacher anziehend, Kaiserth.-Oberberger niedriger, Lombarden behaupteten ihr bisheriges Niveau fast ohne Veränderung. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkt herrschte im Allgemeinen eine sehr feste Stimmung. Von den schweren Debiten waren nur einzelne angeboten und georidit. Vorzugsweise fest zeigten sich Bergische, für welche bis zum Schlusse eine rege Kauflust prädominirte. Halberstädter sehr matt, Potsdamer niedriger, schießen aber mit Geldcour. Leichte Bannactien waren eher vernachlässigt. Bankactien belebt. Centralbank für Industrie steigend und in regem Verkehre, Centralbank für Genossenschaften anziehend, Grerer Bank besser, Gemeinbank und Berliner Handelsgesellschaft zu gestriger Notiz begehrt, Provinzial-Gewerbestand höher und in guter Frage, Schaaffhausen rege, Börsenhandelsverein und Braunschweiger Bank lebhaft, Chemnitzer Bankverein und ebenio Bank für Rheinland matter, Weininger gedrückt, Hann. Disc. u. Wechselb. niedriger, Medlenburgische Hypothekbank offerirt. Industriepapiere ziemlich fest, Böhmische Brauhaus, Schultheiß und Königsbad wesentlich höher, Passage besser, Bessend angeboten und niedriger, Westalia offerirt, Dannerberg anziehend, Hoffmann Waggonfabrik höher, Oberbessliche Eisenbahnbefugte behauptet, Görlitzer Eisenbahnbefugte belebt, Salsine Salungen niedriger. — Montanwerthe vernachlässigt, Kölner Bergwerk anziehend, Rhönrr. König Wilhelm matter. — Um 2 1/2 Uhr: Fest. Credit-Actien 310, Lombarden 190, Franzosen 501, Reichsbant 158, Disconto-Commandit 126, Dortmund Union 10 1/2, Laurahütte 58, Köln-Mindener 101 1/2, Rheinische 116 1/2, Bergische 82 1/2, Rumänen 27 1/2. (Bank u. S.-Ztg.)

Berlin, 28. Februar. [Schlachthofmarkt.] Zum Verkauf standen: 2641 Aender, 7726 Schweine, 1484 Käber, 5268 Hammel. Auf dem Rindviehmarkt war das Geschäft, da die Exporteure sich sehr zurückhaltend zeigten, flauer wie am vorigen Montag, so daß nur mit Mühe die vormöthentlichen Preise erreicht wurden. — Es galt I. Qual. 54 — 57 M., do. II. Qual. 45 — 48 M., do. III. Qual. 30 — 33 M. pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Was den Schweinehandel anbelangt, so war auch hier wohl in Folge der anhaltend schlechten Witterung das Geschäft flauer wie in den Vormonaten und in Folge dessen die Preise etwas gedrückt. — Es wurde bezahlt für I. Qual. 57 — 60 M., do. II. Qual. 56 — 58 M., do. III. Qual. 48 — 50 M. pro 100 Pf. Schlachtgewicht.

In Hammeln war ein ganz flauer Geschäft, da die Exporteure in Folge der geforderten hohen Preise von ihren Entkäufen zurückhielten, der Absatzbedarf aber nicht im Stande war, den Anträgen zu abfordern. — Bewilligt

wurde für beste Waare 92,50 Mt., für geringere 19 Mt pro 5 Pfd. Schlachtgewicht.

Berliner Börse vom 29. Februar 1876.

Table with columns for 'Wechsel-Course', 'Eisenbahn-Stamm-Actien', and 'Fonds- und Geld-Course'. Includes entries for Amsterdam, London, Paris, and various bonds.

Table with columns for 'Fonds- und Geld-Course' and 'Hypothek-Certificates'. Includes entries for Staats-Anl., Präm.-Anleihe, and various bank certificates.

Table with columns for 'Hypothek-Certificates' and 'Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien'. Includes entries for Krupp'sche, Hyp.-Pfd., and various railway priority stocks.

Table with columns for 'Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien' and 'Bank-Papier'. Includes entries for Berlin-Görlitz, Breslau-Warschau, and various bank notes.

Table with columns for 'Bank-Papier' and 'Ansländische Fonds'. Includes entries for Allg. Deut. Handl., Anglo-Deutsche, and various foreign bonds.

Table with columns for 'Ansländische Fonds' and 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien'. Includes entries for Oest. Silberrente, Präm.-Anl., and various railway priority stocks.

Table with columns for 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien' and 'Industrie-Papier'. Includes entries for Berg-Märk. Serie III, and various industrial stocks.

Table with columns for 'Industrie-Papier' and 'In Liquidation'. Includes entries for Berl. Bankverein, Berl. Lombard, and various liquidation entries.

Table with columns for 'In Liquidation' and 'Industrie-Papier'. Includes entries for Berl. Bankverein, Berl. Lombard, and various industrial stocks.

Table with columns for 'Industrie-Papier' and 'Bank-Papier'. Includes entries for Berl. Bankverein, Berl. Lombard, and various bank notes.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 29. Februar. Die „Presse“ meldet: Der morgige halbjährige Prioritätencoupon der Nördlichen Grenzbahn wird mit Zustimmung des Baufonds fünfprocentig in Silber voll eingelöst.

Paris, 29. Februar. Der Präfect von Pau hat Don Carlos eröffnet, er könne ihm auch nicht vorübergehend den Aufenthalt in dem Departement Pyrénées gestatten; doch werde er provisorisch seinen Aufenthalt im Norden Frankreichs nehmen können.

London, 29. Februar. Unterhaus. Auf eine bezügliche Anfrage Abderley's erklärte der Unterstaatssecretär Lord Hamilton, gegen den Capitän der „Franconia“ könne wegen des Zusammenstoßes dieses Schiffes mit dem „Strathclyde“ eine handelsamtliche Untersuchung nicht eher eingeleitet werden, als bis das gegen den Capitän wegen fahrlässiger Tödtung eingeleitete Criminalverfahren beendet sei.

Wie die „Times“ meldet, haben Lespeys und die Mitdirectoren der Suezanalgesellschaft Sir D. Lange plötzlich aus seiner Stellung als englischer Repräsentant der Gesellschaft entlassen.

Haag, 29. Februar. Der bisherige Gesandte in Stockholm, Mazel, ist zum Gesandten in Lissabon ernannt, van Karnebeek, bisher Employé in Haag, zum Gesandten in Stockholm.

Haag, 29. Februar. Hier eingegangenen Nachrichten aus Athen zufolge ist der Oberbefehlshaber der dortigen holländischen Truppen, General Pel, an der Cholera gestorben.

Belgrad, 29. Februar. Die Regierung hat ein Verbot betreffend die Ausfuhr von Getreide erlassen.

Wien, 29. Februar. Die Creditanstalt bestätigt zwar, daß ihr Beamter Kremer von der Prager Filiale verhaftet wurde, fügt jedoch hinzu, daß diese Verhaftung mit der Defraudation bei der Prager Filiale in keinem Zusammenhang stehe.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Frankfurt a. M., 29. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 M. [Schlußcourse]. Londoner Wechsel 204, 60. Pariser Wechsel 81, 30. Wiener Wechsel 176, 70. Böhm. Westbahn 161. Silberrente 142 1/2. Galtier 170 1/2. Franzosen 249 1/2.

Hamburg, 29. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course]. Hamburger St.-Pr.-A. 116. Silberrente 64 1/2. Credit-Actien 154 1/2. Nordwestbahn 186 1/2.

Hamburg, 29. Februar, Nachmittags. [Getreidemarkt]. Weizen loco ruhig, auf Termine fest. Roggen loco still, auf Termine fest.

Liverpool, 29. Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Aufnahmlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 18,000 Ballen, davon 9000 B. amerikanische.

Liverpool, 29. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Mat. auf Zeit 1/2 D. billiger.

Manchester, 29. Februar, Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 7 1/2, 20r Water Midolls 9 1/2, 30r Water Bidlow 10 1/2.

Petersburg, 29. Februar, Nachmittags 5 Uhr. [Schluß-Course]. Wechsel auf London 3 Mon. 3 1/2. do. Hamburg 3 Mon. 266 1/2. do. Amsterdam 3 Mt. 157 1/2.

Petersburg, 29. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt]. Zalg loco 54, 50. Weizen loco 11, 25. Roggen loco 6, 75. Hafer loco 4, 50. Ganz loco 36, 50.

Danzig, 29. Februar, Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen unverändert, Umsatz 145 Tonnen, bunter pr. 2000 Pfd. Zollgew. 190, 00 bis 195, 00.

Bremen, 29. Febr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Stan-

bart white loco und pr. Februar 11, 60 à 11, 65 bez., pr. März und pr. April 11, 65 bez., pr. August-September —, pr. Sept.-October —.

Berlin, 29. Februar. [Productenbericht.] Roggen wurde etwas höher gehalten und bei dem sehr beschränkten Umsatz auf Termine haben die Käufer sich fügen müssen.

Weizen loco 175—213 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, weißer märkischer — M. ab Bahn bez., gelber mecklenburger — M. bez., gelber märkischer — M. ab Bahn bez., weißbunter polnischer — M. ab Bahn, ordinär gelb rumänischer — M. bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. April-Mai 193 1/2—195 M. bez., pr. Mai-Juni 197 1/2—199 M. bez., pr. Juni-Juli 201 1/2—203 M. bez., pr. Juli-August 204—205 M. bez., pr. September-October 207 1/2—209 M. bez. — Gefündigt — Cmr.

Roggen loco 147—159 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 148—149 1/2 M. bez., polnischer 150—151 1/2 M. bez., inländischer 156—158 M. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. Frühjahr 150—151—150 1/2 M. bez., pr. Mai-Juni 149 1/2—150 M. bez., pr. Juni-Juli 149 1/2—150 M. bez., pr. Juli-August 150—150 1/2 M. bez., pr. September-October 152 bis 152 1/2 M. bez. — Gefündigt — Cmr.

Hafer per 1000 Kilo loco 135—182 M. nach Qualität gefordert, ostpreussischer 150—174 M. westpreussischer 150—174 M., russischer 150—174 M., pommerischer 170—177 M. bez., mecklenburger 170—177 M. bez., böhmischer 170—177 M. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. Frühjahr 160 1/2—161 M. bez., pr. Mai-Juni 161 1/2—162 M. bez., pr. Juni-Juli 162 1/2 M. bez. — Gefündigt — Cmr.

Erbsen: Rothweizen 172 bis 210 M., Futterwaare 165—170 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unversehrt incl. Sac Nr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Nr. 00: — M. bez., Nr. 0 und 1: 25,50—24,00 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0: 23,50—22,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 21,00—19,50 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. Januar-Februar 20,70—65 M. bez., pr. Februar-März 20,70—65 M. bez., pr. März-April 20,70—65 M. bez., pr. April-Mai 20,85 M. bez., pr. Mai-Juni 20,95 M. bez., pr. Juni-Juli 21—21,05 M. bez., pr. Juli-August — M. bez., pr. August-September — M. bez. — Gefündigt 500 Cmr.

Rübsen: Kuchwaare 172 bis 210 M., Futterwaare 165—170 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unversehrt incl. Sac Nr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Nr. 00: — M. bez., Nr. 0 und 1: 25,50—24,00 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0: 23,50—22,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 21,00—19,50 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. Januar-Februar 20,70—65 M. bez., pr. Februar-März 20,70—65 M. bez., pr. März-April 20,70—65 M. bez., pr. April-Mai 20,85 M. bez., pr. Mai-Juni 20,95 M. bez., pr. Juni-Juli 21—21,05 M. bez., pr. Juli-August — M. bez., pr. August-September — M. bez. — Gefündigt 500 Cmr.

Spiritus per 10,000 Liter loco „obus Jah“ 44,2 M. bez., „mit Jah“ — M. bez., pr. Januar-Februar 44,9 M. nom., pr. Februar-März 44,9 M. nom., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 46,1—45,9 M. bez., pr. Mai-Juni 46,5 M. nom., pr. Juni-Juli 47,6 M. nom., pr. Juli-August 49,3—1 M. bez., pr. August-September 50,3—1 M. bez., pr. October-November — M. bez. — Gefündigt — Liter. Kündigungspreis — M.

Breslau, 1. März, 8 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsbetrieb am heutigen Markte war von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot und unbedeutenden Preisen.

Weizen, feine Qualitäten gut behauptet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 15,70 bis 18,00—19,50 Markt, gelber 15,50—16,75—18,50 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 13,80—14,50—16,00 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Markt, weiße 16,00—17,00 Markt.

Hafer in sehr fester Haltung, pr. 100 Kilogr. 15,00—16,30—17,60 Markt, feinsten über Notiz.

Malz gut veräußert, pr. 100 Kilogr. 11,00 bis 12,50 Markt. Erbsen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 17—18—20,50 Markt.

Bohnen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Markt. Lupinen, nur feine trockene Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,30 Markt. blaue 9,50—11,40 Markt.

Weizen lebhaft gefragt, pr. 100 Kilogr. 17,50—18,50—20,00 Markt. Delfsaaten höher gehalten.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Markt und Pf.

Table with columns for 'Schlag-Feinfaat', 'Winterraps', 'Winterrüben', 'Sommerrüben', 'Leinöcker'. Includes prices for various agricultural products.

Rapskuchen matter, pr. 50 Kilogr. 7,30—7,60 Markt. Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Markt.

Kleefamen schwach angeboten, rather sehr fest, pr. 50 Kilogr. 55—60 bis 62—67 Markt, weißer gut gefragt, pr. 50 Kilogr. 75—79—86—90 Markt, hochfeiner über Notiz.

Lithothese mehr offerirt, pr. 50 Kilogr. 30—32—34 Markt. Weizen in matter Haltung, pr. 100 Kgr. Weizen fein alt 29,25—30,25 Markt, neu 25,50—26,25 Markt, Roggen fein 25,50—26,50 Markt, Handbuden 24,25—25,25 Markt, Roggen-Futtermehl 10—11 Markt, Weizenkleie 8 bis 8,75 Markt.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Table with columns for 'Februar 29. März 1.', 'Nacht', 'Abd.', 'Morg. 6 U.'. Includes weather observations for February 29 and March 1.

Breslau, 1. März [Bafferhand.] D. 6 M. 20 Cm. U. 3 M. 10 C.

Gegen Kopfschmerz, Nerven- u. Frauenleiden wird seit Jahrhunderten von den berühmtesten Aerzten und zahllosen Familien als wirksamstes Hausmittel, privilegiert von Sr. Majestät dem Könige von Preußen, der Kölnen — einzig und allein echte goldene spanische Karmeliter-Weißseife angeordnet.

Matthias-Park. Heute von Mittag ab Eisbein mit Sauerkohl u. Kappener Lagerbier. Es label ergebnis ein [2348] E. Kaffner.

Bei einem hiesigen Gymnasiallehrer wird zu Ostern für einen Quatener Pension und Nachhilfe gesucht. Gest. Off. von Chiffre v. B. 75 in die Exped. der Schles. Btg. erbeten.

Niederlagen in Breslau bei A. Gonsior, Weidenstraße, N. Gebhardt, Albrechtsstraße, C. F. Kettig, Oberstraße. General-Depot bei Julius Birkenstedt in Rawitsch. Preis pr. Sacon 1 Markt.

Stepdecken, Stepprüde werden sauber u. schnell gefertigt bei Wittwe Manckefeld, Neumarkt 8, Hof 1 Treppe.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Grub, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.